

Brief an die Stadt Freiburg und Gemeinderäte 04. November 2024



Oberbürgermeister Martin Horn
Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach
Fraktionen und Mitglieder im Freiburger Gemeinderat

Stoppen Sie die Bezahlkarte für Geflüchtete!
Keine Bezahlkarte in Freiburg und anderswo!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,
sehr geehrter Herr Sozialbürgermeister von Kirchbach,
sehr geehrte Mitglieder des Freiburger Gemeinderats,

wir wenden uns mit einem erneuten Schreiben an Sie und fordern Sie eindringlich dazu auf, sich gegen die Einführung einer verpflichtenden autoritären Bezahlkarte für Geflüchtete in Freiburg einzusetzen. Wir fordern keine weiteren Eingriffe in soziale Rechte von geflüchteten Menschen.

Nach einer Antwort des Ministerium für Justiz und für Migration (Landtags-Drucksache 17/7227 Antwort 23.8.2024) soll die Bezahlkarte „für alle Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG eingeführt werden – auch für Personen, die bereits über ein deutsches Bankkonto verfügen.“ Einer weiteren Antwort des Ministeriums (Landtagsdrucksache 17/7132 – Antwort 9.8.2024) ist zu entnehmen, dass „die Bürgermeisterämter der Stadtkreise und die Landratsämter“ bei der Einführung der autoritären Bezahlkarte „als untere Verwaltungsbehörden tätig sind“. „Die Landesregierung beabsichtigt, die Bezahlkarte flächendeckend einzuführen.“ Baden-Württemberg will für die geplante „flächendeckende Einführung“ der Bezahlkarte das meiste Geld aller Bundesländer ausgeben.

Mit der autoritären Bezahlkarte wird die Autonomie der Leistungsberechtigten erheblich eingeschränkt. Eingriffe in die Handlungsfreiheit, in die Selbstbestimmung und in das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum werden die Folgen der Bezahlkarte sein. Ebenfalls sehr fragwürdig ist die Gewährleistung von Datenschutz.

In Erstaufnahmeeinrichtungen wird die Bezahlkarte zu weiteren Einschränkungen führen. In einem Beschluss der Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder vom 19. August 2024 wird u. a. festgestellt, dass weder eine Einsichtnahme in den Guthabenstand der Bezahlkarte noch eine pauschale Einschränkung auf Postleitzahlen-Gebiete durch die Behörden erlaubt sind. Auch wenn die Einführung der autoritären Bezahlkarte nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz nicht in die Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung fällt, ist die Stadt Freiburg auf Verwaltungsebene dafür zuständig. Der Gemeinderat kann einen symbolischen Beschluss gegen die Bezahlkarte fassen und bei Verhandlungen mit dem Land darauf hinwirken, dass die Einführung der Bezahlkarte den Stadt- und Landkreisen überlassen bleibt. Das ist das Mindeste, zu dem der Freiburger Gemeinderat gegenüber einer solidarischen Stadt verpflichtet ist.

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz §2 (4) ist die untere Verwaltungsbehörde (Kreise) für die von ihr erlassenen Verwaltungsakte auf dem Gebiet des Asylbewerberleistungsgesetzes zuständig. Die örtlichen Behörden sind damit zwingend verpflichtet die Verfügung der Bezahlkarte in jedem Einzelfall zu begründen. Dazu muss eine schriftliche Anhörung stattfinden. Ein Änderungsbescheid muss ergehen, und es wird zu Widersprüchen und Klagen kommen. All dieser Verwaltungsaufwand wird auf die Behörden zukommen, wenn das Land, wie geplant, eine autoritäre Bezahlkarte generell für alle Geflüchtete verfügen wird.

Wir fordern Sie als Fraktion im Gemeinderat Freiburg dazu auf, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte einzusetzen. Die Bezahlkarte ist und bleibt ein ausgrenzendes Projekt. Die Einführung der Bezahlkarte stigmatisiert die Betroffenen und fördert nur eines: Ausgrenzung und Rassismus in diesem Land.

Wir fordern Sie als Oberbürgermeister, als Sozialbürgermeister und als Stadträt*innen der Stadt Freiburg auf: **Treten Sie gegen die Einführung der Bezahlkarte ein**

Keine
Bezahlkarte
in Freiburg
und
anderswo !

Gegen jede
rassistische
Ausgrenzung!

Lassen wir
es nicht zu,
dass in Frei-
burg die aus-
grenzende
Bezahlkarte
eingeführt
wird.

Die beiden Briefe wurden von folgenden Freiburger Gruppen unterzeichnet:

- Aktion Bleiberecht Freiburg
- Lea watch Freiburg
- SEEBRÜCKE Freiburg
- r42 - Sail And Rescue Freiburg
- Feministischer und Frauenstreik Freiburg
- IN VIA Katholischer Verband für Mädchen und Frauensozialarbeit in der Erzdiözese Freiburg e.V.
- Medinetz Freiburg
- Frabs e. V.
- Yogaschule LymphYoga Freiburg
- Initiative „Bezahlkarte Stoppen Freiburg
- a-team Freiburg
- Supporters Crew Freiburg e. V.
- Der SC Freiburg ist BUNT nicht braun
- Arbeitskreis kritische Jurist*innen Freiburg (akj)
- amica
- Grethergelände Freiburg
- Rosa Hilfe Freiburg e. V.
- Sarah-Louise Müller (Geschäftsführende Pfarrerin Ev. Pfarrgemeinde Freiburg-Südwest,
- roma büro freiburg e. V.
- Bauverein „Wem gehört die Stadt?“
- iz3w (informationszentrum 3. welt)
- Interkultureller Verein FAIRburg e.V.
- Stopp GEAS Freiburg
- Die Linke Freiburg
- Feministische Geschichtswerkstatt Freiburg
- Feministische Archiv Freiburg
- 3HäuserProjekt
- Initiative Solidarity City Freiburg
- Unabhängige Frauen Freiburg
- Hausprojekt mark20
- 3HäuserProjekt
- Salpetra
- Wahlkreise 100
- und zahlreiche Einzelpersonen

In Freiburg ist die Initiativgruppe ‚Bezahlkarte Stoppen‘ aktiv. Der Initiative kann sich jede*r, auch ohne Vorwissen, anschließen.

Wer mitmachen möchte findet die Termine der Initiative auf tacker oder schickt eine Mail an freiburg@asylblg-abschaffen.de.

Die ausgrenzende Bezahlkarte ist per Gesetz beschlossen, aber noch nicht umgesetzt. Gegen deren Umsetzung organisieren wir uns. Dafür sind wir momentan in vier Arbeitsgruppen aktiv, die sich alle auf Unterstützung freuen.

Unsere neue Homepage:
<https://bezahlkarte-stoppen.org/>
freiburg@asylblg-abschaffen.de

Erster Brief an die Stadt Freiburg und an die Gemeinderäte

Juni 2024

Oberbürgermeister Martin Horn
Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach
Fraktionen und Mitglieder im Freiburger Gemeinderat

Stoppen Sie die Bezahlkarte für Geflüchtete!
Keine Bezahlkarte in Freiburg und anderswo!

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn,
sehr geehrter Sozialbürgermeister von Kirchbach,
sehr geehrte Mitglieder des Freiburger Gemeinderats,

wie Ihnen sicherlich bekannt ist, sollen geflüchtete Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten, in Baden-Württemberg in diesem Jahr zu einer diskriminierenden Bezahlkarte verpflichtet werden. Nach Informationen aus dem Justizministerium Baden-Württemberg sollen selbst Personen eine Bezahlkarte erhalten, die Inhaber*innen eines Bankkontos sind. Gleichfalls sollen Personen, die Analogleistungen bekommen, nur noch Leistungen über eine Bezahlkarte erhalten. Der Bargeldbetrag soll auf einen bestimmten (geringen) Betrag begrenzt werden. Aktuell wird die Bezahlkarte in verschiedenen Landkreisen in Baden-Württemberg als Pilotprojekt eingeführt, bevor nach und nach alle 44 Stadt- und Landkreise folgen sollen.

Nach dem geänderten AsylbLG obliegt es den Kreisen in welcher Form Leistungen gewährt werden. Möglich sind Sachleistungen, unbare Abrechnungen, Wertgutscheine, Bezahlkarte oder Geldleistungen. Der Leistungsbehörde kommt bei ihrer Entscheidung ein Ermessen zu. Jede Leistungsbehörde muss die Ermessensentscheidung begründen.

Nun ist jedoch zu befürchten, dass das Land Baden-Württemberg in einer Rechtsverordnung die Kreise dazu verpflichtet eine Bezahlkarte mit allerlei Restriktionen einzuführen. „Sinnvoll wäre es auch, dass die Länder die Karte für die Kommunen verbindlich machen“, so der Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy des Städtetages.

Die Folgen der Bezahlkarte wären Eingriffe in die Handlungsfreiheit, die informationelle Selbstbestimmung der Person und in das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, eine Ungleichbehandlung innerhalb des Existenzsicherungsrechts, die mögliche Missachtung des Datenschutzes, Restriktionen wie die Sperrung der Bezahlkarte für bestimmte Ausgabepositionen oder die räumliche Beschränkung ihrer Nutzung auf das Gebiet eines Landkreises und insgesamt die Einschränkung der Autonomie der Leistungsberechtigten.

Wir fordern Sie als Fraktion im Gemeinderat Freiburg dazu auf, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte einzusetzen. Die Bezahlkarte ist ein rechtes, ausgrenzendes Projekt. Es reicht! Das Projekt Bezahlkarte fördert nur eines: Ausgrenzung und Rassismus in diesem Land. Und alle, die diesem ausgrenzenden Projekt von Berlin über die Länder bis in die Kommunen zustimmen, sind verantwortlich für die weitere Etablierung einer Ungleichheit und Ungleichbehandlung von Menschen in diesem Land.

Wir fordern Sie als Oberbürgermeister, als Sozialbürgermeister und als Stadträt*innen der Stadt Freiburg auf, treten Sie gegen die Einführung der Bezahlkarte ein!